



Sitzung des Niedersächsischen Landtages am 29.01.2020, TOP 4 und 5

Rede der Niedersächsischen Sozialministerin Dr. Carola Reimann

zum Thema „Pflege“

– Es gilt das gesprochene Wort –

„Ich setze mich für eine gute medizinische und pflegerische Versorgung ein – im ländlichen wie im städtischen Raum, im ambulanten wie im stationären Bereich. Die Pflege nimmt durch den demografischen Wandel eine immer bedeutendere Rolle in unserer Gesellschaft ein. Wir stehen hier vor einer riesigen Aufgabe.

Heute liegen drei Entschließungsanträge zur Situation der ambulanten Pflege in Niedersachsen vor. Die AfD-Fraktion plädiert für die Einführung eines Pflegegeldes. Hierzu habe ich bereits bei der Einbringung des Antrags dargelegt, dass dies aus meiner Sicht keine zielführende Lösung ist, um pflegende Angehörige zu entlasten.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und die FDP fordern dazu auf, aufsichtsrechtliche Maßnahmen gegenüber den Kostenträgern zu ergreifen. Das ist weder belastbar, noch der richtige Weg.

Außerdem liegt ein weiterer Antrag zur freiwilligen Mitgliedschaft in der Pflegekammer vor. Die Regierungsfractionen haben mit dem Haushalt 2020 die Beitragsfreiheit für die Pflegekammer möglich gemacht. Das ist eine gute Botschaft für die Pflegekräfte. Die Beitragserstattungen können nach einer neuen Beitragsordnung der Pflegekammer und den Bestimmungen des Verwaltungsverfahrenrechts erfolgen. Die Pflegekammer schafft aktuell die Voraussetzungen dafür.

Damit schaffen wir eine kostenlose Pflichtmitgliedschaft. Diese ist weiterhin wichtig für die Legitimation der Pflegekammer. Denn nur so kann sie für alle Pflegenden in Niedersachsen sprechen. Denn Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die vor uns stehenden Herausforderungen können wir nur gemeinsam mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren bewältigen. Deshalb ist es gut, dass der Bund in der Konzertierte Aktion Pflege mit allen Beteiligten Ideen und Lösungsansätze zusammengetragen hat.

Ich habe im Sommer des letzten Jahres die „Konzertierte Aktion Pflege Niedersachsen“ (KAP.Ni) gestartet und wir werden damit zusätzlich eigene, auf unsere spezifischen Bedarfe zugeschnittene, Maßnahmen schnell und konkret umsetzen. Im Oktober letzten Jahres haben alle Mitglieder der Konzertierte Aktion Pflege Niedersachsen im Rahmen einer Konferenz eine Kooperationsvereinbarung für einen Neubeginn geschlossen. Damit ist ein umfangreicher Maßnahmenkatalog verbunden.

Zum gemeinsamen Leitbild gehören eine attraktive Vergütung der Pflege und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dafür benötigen die Anbieter eine entsprechende Refinanzierung der tariflichen Bezahlung.

Die Partner in Niedersachsen haben sich deshalb auf Folgendes verständigt: Nachgewiesene Tarifsteigerungen werden von den Pflegekassen finanziert. Auch die Verbesserung der Wegepauschalen auf Bundesebene wird hier in Niedersachsen unverzüglich umgesetzt.

Darüber hinaus leistet die Landesregierung einen ganz konkreten Beitrag zur KAP.Ni durch die Novelle des Niedersächsischen Pflegegesetzes. Dabei soll die Förderung der Investitionskosten an eine tarifliche Entlohnung geknüpft werden. Wir sind derzeit in der Auswertung der Verbandsanhörung und wir wollen den Gesetzentwurf bis zum Sommer in den Landtag einbringen.

Es ist auch wichtig, dass auf Bundesebene die Pflegeversicherung weiterentwickelt wird. Bessere Löhne für die Pflegekräfte führen zu steigenden Kosten bei den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen. Sie müssen immer höhere Eigenanteile leisten. Denn die

Nr. 14/20 Pressestelle Hannah-Arendt-Platz 2, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120-4060 Fax: (0511) 120-4298	www.ms.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@ms.niedersachsen.de
--	---	---

Pflegeversicherung zahlt je nach Pflegebedürftigkeit nur einen festen Zuschlag. Deshalb muss die Pflegeversicherung vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Aus diesem Grund habe ich Bundesgesundheitsminister Spahn aufgefordert, zügig Vorschläge zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung vorzulegen um den Eigenanteil zu begrenzen.

Die Pflegeversicherung ist die einzige Sozialversicherung ohne Steuerzuschuss.

Daher braucht es meiner Ansicht nach dringend:

- einen Steuerzuschuss und
- die Begrenzung der Eigenanteile.

Sozialversicherungsbeitrag, Eigenanteil und Steuerzuschuss müssen in eine neue Balance gebracht werden.

Der von den Regierungsfractionen vorgelegte Antrag fordert, dass wir alles unternehmen, um zügig einen Tarifvertrag Soziales zu bekommen.

Auch ein Verbandsklagerecht und Vereinbarungen mit den Dachverbänden können Instrumente sein, um die Leistungsanbieterinnen und -anbieter in den Verhandlungen strukturell zu stärken. Diese Forderungen unterstütze ich ausdrücklich und würde mich freuen, wenn Sie der Empfehlung des Ausschusses folgen und diesem Antrag zustimmen.“

Nr. 14/20 Pressestelle Hannah-Arendt-Platz 2, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120-4060 Fax: (0511) 120-4298	www.ms.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@ms.niedersachsen.de
--	---	---